

Modernes Leben
Philosophie und Religion
Politik und Zeitgeschichte
Zivilgesellschaft und demokratische Kultur
<u>Deutsch-deutsche Geschichte</u>
Deutschland und der Nationalsozialismus
► Staat und Politik
Migration und Integration
Wendepunkt 1968
Panorama
Hintergrund
Sprache
Umwelt
Wirtschaft und Soziales

Staat und Politik in Deutschland

„Rassismus verletzt die Menschenrechte“ – Interview mit Selmin Çalışkan

Polizeigewalt, Diskriminierung, Flüchtlingselend – auch in Deutschland werden Menschenrechte verletzt, sagt Amnesty International. Die Generalsekretärin der Organisation in Deutschland, Selmin Çalışkan, erklärt die Zusammenhänge.



Selmin Çalışkan; © Amnesty International Deutschland

Frau Çalışkan, im Jahresbericht 2013 kritisiert Amnesty International, dass in Deutschland unabhängige Beschwerdestellen zur Untersuchung von Polizeigewalt fehlen. Weshalb sind solche Stellen notwendig?

Uns erreichen seit Jahren ernst zu nehmende Berichte über rechtswidrige Polizeigewalt in Deutschland. Deshalb haben wir 2010 eine Transparenz-Kampagne gestartet. Wir fordern unabhängige Untersuchungskommissionen, die Vorwürfe gegen Polizeibeamte umfassend untersuchen.

Es ist zwar positiv, wenn zum Beispiel die Polizei in Bayern eine eigene Ermittlungseinheit aufstellt, um Übergriffe von Beamten zu untersuchen. Trotzdem bleibt das Problem: Ermittelt die Polizei gegen sich selbst, besteht die Gefahr der Befangenheit. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat mehrfach betont, dass jeder Vorwurf einer polizeilichen Misshandlung unparteiisch untersucht werden muss. Kommt ein Staat dieser Verpflichtung nicht nach, begeht er eine Menschenrechtsverletzung.



 Vergrößern

Was hat die Transparenz-Kampagne bisher bewirkt?

Aufgrund der Amnesty-Aktion haben zwei Bundesländer, Berlin und Brandenburg, die von uns geforderte individuelle Kennzeichnungspflicht von Beamten eingeführt. Das sichtbare Tragen des Namens oder einer Nummer auf der Uniform ermöglicht bei Misshandlungen eine effektive Strafverfolgung. In Rheinland-Pfalz Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bremen ist sie für Großeinsatzbeschlüssen, aber noch nicht umgesetzt worden.

Zusätzlich fordern wir eine Videoüberwachung von Polizeistationen. Denn was dort mit vorläufig Festgenommenen geschieht, passiert ohne unabhängige Zeugen. Um Beamte zu sensibilisieren, sind auch berufsbegleitende Fortbildungen in Sachen Menschenrechte notwendig. Dazu gehören unter anderem Antidiskriminierungstrainings und die Förderung interkultureller Kompetenz.



Amnesty-International-Spot zur Kampagne „Mehr Verantwortung bei der Polizei“

„Das Phänomen ‚Ethnic Profiling‘ untersuchen“

Ist bei polizeilichem Fehlverhalten ein bestimmtes Muster erkennbar?

Umfassende wissenschaftliche Angaben dazu fehlen noch. Es gibt aber so etwas wie ein „Ethnic Profiling“. Das sind Personenkontrollen aufgrund des Aussehens, der Hautfarbe oder des vermeintlichen Andersseins. Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hat 2012 in einem Urteil festgestellt, dass ein solches Vorgehen diskriminierend ist. Wir haben die Innenministerkonferenz aufgefordert, eine Studie zu beauftragen, die das Phänomen „Ethnic Profiling“ bei der deutschen Polizei untersucht.

Amnesty International hat angekündigt, stärker als in der Vergangenheit Menschenrechtsverstöße in Deutschland zu thematisieren. Worum geht es dabei?



 Vergrößern

Neben Polizeiübergriffen und polizeilichem Rassismus kritisieren wir einen dritten Punkt: den Umgang mit Flüchtlingen. Wir fordern zum Beispiel, dass das sogenannte Flughafenverfahren abgeschafft wird. Flüchtlinge, die mit dem Flugzeug kommen, werden zurückgeschickt, ohne ein anständiges Asylverfahren zu erhalten. Betroffen sind sogar Kinder und traumatisierte Menschen. Aber auch, wenn Deutschland Asylsuchende in EU-Länder zurückschickt, sollte es gründlicher prüfen, ob das im Einzelfall problematisch sein könnte.

Die Bundesregierung muss sich viel stärker dafür einsetzen, dass es in allen EU-Ländern ein faires Asylverfahren gibt – sonst werden immer mehr Menschen im Mittelmeer sterben. Deutschland hat zudem die Kapazität, viel mehr Flüchtlinge als bisher aufzunehmen. Das UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR benötigte 2012 im Rahmen seines Resettlement-Programms weltweit 170.000 Plätze für Flüchtlinge aus Krisenregionen. Deutschland ist jedoch nur bereit, 300 Menschen pro Jahr aufzunehmen – diese Bereitschaft gilt bislang nur bis 2014. Im Rahmen dieses Ansiedlungsprogramms hat auch die EU nur 5.000 Menschen aufgenommen, die USA hingegen 50.000.

NSU und Kontrolle des Waffenhandels

Welche deutschen Themen hat Amnesty International sonst noch im Blick?

Unsere nächste Baustelle wird die Umsetzung des Waffenhandelskontrollvertrags, den die UN-Vollversammlung im April 2013 nach 20 Jahren Lobbyarbeit beschlossen hat. Das internationale Abkommen muss nun in deutsches Recht und Praxis umgesetzt werden. Es dürfen keine Rüstungsexporte mehr in Länder erfolgen, wo das Risiko besteht, dass dort Menschenrechte verletzt werden. Die Bundesregierung will den Bundestag erst nach den Exportgenehmigungen informieren. Wir finden: Das muss vorher geschehen! Es wird ein zäher Kampf, weil es um knallharte wirtschaftliche und politische Interessen geht.

Wir haben beobachtet, wie mit dem Thema „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) umgegangen wurde: Es ist von vornherein in eine falsche Richtung ermittelt worden. Das hat etwas damit zu tun, wie innerhalb der Behörden gedacht wird. Da mag es bei manchen rassistische Vorurteile geben. Ermittlungsfehler müssen zügig aufgedeckt werden. Rassismus ist keine Meinungsäußerung, sondern oftmals eine Menschenrechtsverletzung, die geahndet werden muss.

Wo steht Deutschland bei den Menschenrechten im internationalen Vergleich?

Amnesty erstellt kein Länder-Ranking. Verstöße gegen Menschenrechte lassen sich nicht vergleichen, sondern nur beseitigen. Wir sehen überall genau hin und versuchen, in möglichst vielen Ländern etwas dagegen zu unternehmen.

Selmin Çalışkan, 1967 in Düren als Tochter türkischer Einwanderer geboren, ist Diplom-Übersetzerin für Spanisch und Englisch. Von 2003 bis 2010 war sie für die Frauenrechtsorganisation Medica Mondiale tätig und später für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Bevor sie im März 2013 Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland wurde, arbeitete sie in Brüssel für ein europäisches Netzwerk für Migrantinnen.

Dominik Reinle ist Diplom-Soziologe und arbeitet als freier Journalist in Köln, unter anderem für die Internetredaktion des Westdeutschen Rundfunks.

Copyright: Goethe-Institut e. V., Internet-Redaktion Juni 2013

Haben Sie noch Fragen zu diesem Artikel? Schreiben Sie uns!
 internet-redaktion@goethe.de

Links zum Thema

- Amnesty International Report 2013 
- Amnesty-Kampagne: Mehr Verantwortung bei der Polizei 
- Youtube-Kanal von Amnesty International Deutschland 
- Resettlement-Programm des UNHCR 

Elysée-Jubiläum 1963–2013



Der Elysée-Vertrag, Grundlage der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich, jährt sich 2013 zum 50. Mal. Ein Einblick in die Vielfalt der Beziehungen beider Länder

Wir und Europa



Die Debatte mit und über EU-Europa wird emotionaler. Mit dem Projekt „Wir und Europa“ laden wir zum Gedankenaustausch über die Bedeutung Europas ein.

Twitter



Aktuelles aus Kultur und Gesellschaft in Deutschland

Link-Tipps

- Auswärtiges Amt
- Bundespräsident
- Bundesregierung online
- Bundeszentrale für politische Bildung
- fluter.de – Jugendmagazin der Bundeszentrale für politische Bildung
- Tatsachen über Deutschland